



Gerade junge unbegleitete Flüchtlinge brauchen Unterstützung auch über die Volljährigkeit hinaus. Foto: UNHCR/Gy.Sopronyl

## Jung, arm, obdachlos

Wie viele Menschen haben keine Wohnung, wie viele leben auf der Straße? Auf diese Fragen bleibt in Hessen die Antwort vage, belastbare Zahlen fehlen. Denn im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Bayern hat Hessen bisher keine Statistik zur Wohnungslosigkeit. Auch der erste Hessische Sozialbericht aus dem Jahr 2012 blendet Menschen, die in absoluter Armut leben, komplett aus. Der PARITÄTISCHE Hessen und die anderen Wohlfahrtsverbände bauen nun darauf, dass der nächste Sozialbericht verlässliche Daten liefert. Derzeit treiben sie im Gespräch mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) den Aufbau einer Wohnungsnotfallstatistik voran.

8,6 Prozent der Menschen in Hessen sind auf Hartz IV angewiesen, Tendenz weiter leicht steigend. Gleichzeitig sind Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe im Land alarmiert, weil immer mehr Heranwachsende von extremer Armut betroffen sind. Auch Unterstützung für junge Geflüchtete fehlt. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert niedrigschwellige Hilfsangebote nach der Volljährigkeit und warnt vor Verschlechterungen durch die SGB II-Reform.

Bis eine solche Statistik vorliegt, ist die einzige Datenquelle zur Wohnungslosigkeit in Hessen die Stichtagserhebung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege. Alle zwei Jahre zählen und erfassen an einem Novembertag die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe alle ihre Klientinnen und Klienten, im Jahr 2015 bereits zum dritten Mal. „Das ist nur eine Momentaufnahme“, betont Marek

Körner, Referent für Soziale Notlagen und für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Hessen. „Doch wir sind alarmiert, dass der Anteil der sehr jungen Betroffenen deutlich angestiegen ist.“ Der Grund: Mit dem 18. Geburtstag endet für viele die Erziehungshilfe abrupt und sie geraten oftmals in prekäre Situationen. „Junge Volljährige müssen sich selbst aktiv Unterstützung suchen und Willen zur



Der Wiesbadener Stadtteil Schelmengraben ist besonders stark von Armut bedroht. Foto: Barbara Helfrich

Mitwirkung zeigen. Das gelingt vielen von ihnen jedoch nicht“, sagt Marek Körner. Für Heranwachsende müssen daher dringend niedrigschwellige Hilfsangebote geschaffen werden und auch die Hilfen für junge Volljährige systematischer genutzt werden. Nötig ist ein geregelter Übergang zwischen den Angeboten und Leistungen der Jugendhilfe (SGB VIII) und der Sozialhilfe (SGB XII).

„Das Erwachsenwerden verläuft nicht linear“, betont Marek Körner. „Es gibt in diesem Prozess einen Wechsel zwischen Phasen der Selbstständigkeit und dem Rückfall in jugendliches Verhalten.“ Zielstrebigkeit ist nicht die Regel an der Schwelle zum Erwachsensein, doch in bildungsnahen Mittelschichtfamilien wird dies eher abgefedert und junge Leute haben die Chance sich auszuprobieren. In bildungsfernen und von Armut betroffenen Familien dagegen fehlt eine solche Absicherung oft. Wenn der Übergang ins Berufsleben nicht reibungslos verläuft, droht sehr schnell der Sturz ins Bodenlose. Auch gerade junge Menschen, die ohne ihre Familie nach Deutschland geflüchtet sind, brauchen dringend professionellen und längerfristigen

Rückhalt, um Fuß zu fassen. Doch junge Geflüchtete sind in Hessen überwiegend auf sich selbst gestellt, sobald sie 18 Jahre alt sind. So zeigt eine bundesweite Wochenstatistik zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) von Mai 2016, dass in Hessen in diesem Zeitraum keine einzige junge volljährige Person in eine Jugendhilfemaßnahme aufgenommen wurde, während dies in anderen Bundesländern durchaus der Fall war. So stellte Baden-Württemberg in dieser Momentaufnahme bei 229 Geflüchteten zwischen 18 und 27 eine jugendhilferechtliche Zuständigkeit fest, Nordrhein-Westfalen bei 206 Heranwachsenden und Bayern bei 97.

#### Armut wird verwaltet, nicht bekämpft

Sorge bereiten dem PARITÄTISCHEN Hessen auch die Verschlechterungen, die von Armut betroffenen Menschen durch die jüngste Hartz VI-Reform drohen. „Dass die Bundesregierung diese Novellierung Rechtsvereinfachungsgesetz nennt, ist schon fast zynisch“, sagt Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen und Arbeitsmarktpolitik. „Denn tatsächlich steigen Regulierung und Drangsalierung

noch.“ Sie kritisiert unter anderem die neue Regelung zur Übernahme der Wohnkosten nach einem so genannten „nicht erforderlichen Umzug“, die das Grundrecht auf Freizügigkeit einschränkt und zu Obdachlosigkeit führen kann. Wer ohne Zustimmung des Jobcenters umzieht, dem wird künftig nur die Miete in Höhe der Kosten der vorherigen Wohnung gewährt, selbst wenn die neue Wohnung als angemessen gilt.

Schlechter gestellt werden durch die Änderungen im SGB II unter anderem auch Auszubildende mit Behinderung, die bei ihren Eltern wohnen, da ihnen der Anspruch auf Mehrbedarf gestrichen wird. Nicht hinnehmbar war aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen auch der Plan, dass künftig alleinerziehenden Müttern und Vätern Geld für die Tage abgezogen werden sollte, die das Kind beim anderen Elternteil verbringt. Diese geplante Verschärfung wurde nach Protesten zurückgenommen.

Zu den wenigen positiven Aspekten der Novellierung gehört, dass die Rolle der örtlichen Beiräte, die mit den Jobcentern zusammenarbeiten, gestärkt wird. Dies hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in einem Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten aus Hessen ausdrücklich begrüßt. Als positiv bewertet sie darin auch die Zielsetzung, Personen ohne Berufsabschluss vorrangig in eine Ausbildung und nicht in irgendeine Arbeit zu vermitteln.

Eine Verbesserung ist auch der neue § 16h zur Förderung schwer zu erreichender junger Menschen. „Leider ist dies aber nur eine Kann-Regelung. Die lokalen Jobcenter entscheiden also, ob entsprechende Fördermaßnahmen tatsächlich angeboten werden oder nicht“, sagt Annette Wippermann. „Die jüngste Reform ändert nichts am grundlegenden Problem, dass die Armut mit Hartz IV nur verwaltet und nicht bekämpft wird. Unterm Strich bringt sie sogar noch mehr Sanktionen und Kürzungen.“

Barbara Helfrich

# Engagement fördern, alte Denkmuster überwinden

Projekt zum Aufbau eines Freiwilligenzentrums im polnischen Lodz erfolgreich abgeschlossen

Freiwilliges Engagement für Menschen am Rande der Gesellschaft ist in Polen noch immer eine Seltenheit. Es zu fördern, war Ziel eines gemeinsamen Projektes des Rats der Nichtregierungsorganisationen der polnischen Woiwodschaft Lodz (Rada Organizacji Pozarządowych Województwa Łódzkiego) und des PARITÄTISCHEN Hessen. Im Rahmen des Projekts wurden in zehn sozial tätigen Nichtregierungsorganisationen Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren ausgebildet. Mit viel Tatkraft und Enthusiasmus gelang es der polnischen Projektkoordinatorin Ewa Wierzbowska, dem freiwilligen Engagement in der Woiwodschaft Lodz eine professionelle Struktur zu geben. Die Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren gingen mit viel persönlichem Einsatz, Empathie aber auch Durchsetzungsvermögen und Humor daran, neben ihrer eigenen beruflichen Tätigkeit ihre Organisation auf den Einsatz von Freiwilligen vorzubereiten.

Die meisten Organisationen mussten den Umgang mit Freiwilligen zunächst lernen, Strukturen aufbauen und alte Denkmuster überwinden. Durch zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen in TV, Rundfunk, Zeitungen und Internetplattformen wurden anschließend erfolgreich Freiwillige angesprochen, die nach gezielter Schulung auf die einzelnen Organisationen verteilt wurden. Seit nun sechs Monaten engagieren sie sich unter professioneller Anleitung der ausgebildeten Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren in den am Projekt beteiligten Organisationen. Ihre Arbeitsbereiche sind so vielfältig wie die Einsatzstellen selbst. Sie helfen in den Organisationen bei der Pflege und Betreuung, unterstützen bei der Verwaltung oder der Öffentlichkeitsarbeit, organisieren Feste, Ausflüge und andere Freizeitaktivitäten. Die Freiwilligen zeichnen et was aus, das im Arbeitsalltag der Orga-

nisationen leider nur selten vorhanden ist, so Magdalena Korczyk-Waszak, die die Ausbildung der Freiwilligen leitete: „Sie haben Zeit, ihren Schützlingen ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern.“

Ziel des 18-monatigen Projekts war die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, von Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten, insbesondere bei fehlender Wohnung, bei gewaltgeprägten Lebensumständen oder bei Entlassung aus einer geschlossenen Einrichtung. Es wurde von der Aktion Mensch im Rahmen des Programms „Basisstrukturen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ gefördert.

Zum Abschluss des Projektes „Aufbau eines Freiwilligenzentrums in Lodz/Polen“ reisten im Mai 2016 als Vertreter des PARITÄTISCHEN Hessen Landesgeschäftsführer Günter Woltering, Thomas Schüler, Leiter des Freiwilligenzentrums Darmstadt, und der deutsche Projektkoordinator Artur Bernacki erneut ins polnische Lodz. Noch am Anreisetag besuchte die deutsche Delegation den polnischen Verein für Epilepsiekranken in Ozorków. Diese Tagespflegeeinrichtung der Behindertenhilfe betreut in ihren Räumlichkeiten, einem umgebauten Schwimmbad, täglich bis zu 40 Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen und bietet ihnen zahlreiche Möglichkeiten der Tagesgestaltung. Neben bewegungstherapeutischen Maßnahmen oder Bastel- und Töpferkursen arbeiten sie in der einrichtungseigenen Küche oder erlernen den Umgang mit neuen Medien. In dieser Einrichtung wurde offenkundig, wie wichtig professionelles freiwilliges Engagement ist, denn ohne die Freiwilligen wären die zahlreichen Freizeitaktivitäten unmöglich.

In der Abschlussveranstaltung galt es für die Projektbeteiligten, ein Resü-



Mit dem polnischen Lodz ist der PARITÄTISCHE Hessen seit mehr als 15 Jahren partnerschaftlich verbunden.  
Foto: Artur Bernacki

mee zu ziehen und gleichzeitig in die Zukunft zu blicken. Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen, referierte über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen und deren Bedeutung als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Er betonte, dass sie neben den wirtschaftlichen Faktoren als bedeutender Teil der Zivilgesellschaft Werte und Ethik in ihre Arbeit integriert. Thomas Schüler, Leiter des Freiwilligenzentrums Darmstadt, berichtete von den Herausforderungen bei der Koordination des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe in Darmstadt. Er machte deutlich, dass freiwilliges Engagement, soll es auf professionelle Strukturen fußen, nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Durch das Projekt wurde das freiwillige Engagement in der Woiwodschaft Lodz gefördert und professionalisiert. Diese Strukturen und das Know-how gilt es jetzt nachhaltig zu sichern.

Artur Bernacki

Gefördert durch die  
**Aktion**  
MENSCH

# Studie zu sexualisierter Gewalt an Schulen

## Hessisches Kultusministerium schließt Förderschüler\_innen aus

Frauen mit Behinderung werden in Kindheit und Jugend zwei- bis dreimal häufiger Opfer von sexualisierter Gewalt. Das geht aus einer Studie hervor, die das Bundesfamilienministerium im Jahr 2013 veröffentlicht hat. Trotz dieser alarmierenden Zahlen schließt das Hessische Kultusministerium jetzt gerade diese besonders gefährdete Gruppe von einer Studie zum Thema sexualisierte Gewalt an Schulen aus. Bei einer repräsentativen Befragung im laufenden Schulhalbjahr sollen Förderschüler\_innen außen vor bleiben. Durchgeführt wird die Erhebung nur in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 an Regelschulen. Dies kritisiert der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen scharf.

„Dies ist nicht verantwortbar und widerspricht ganz klar der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie schreibt in Artikel 16 vor, dass sicherzustellen ist, dass Fälle von Gewalt und Missbrauch gegenüber behinderten Menschen erkannt und untersucht werden“, sagt Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen. Bereits im vorigen Herbst hatte der PARITÄTISCHE Hessen dem Kultusministerium seine Bedenken am Zuschnitt der Studie in einem Schreiben mitgeteilt. In seiner Antwort begründete das Land Hessen den Ausschluss von Jugendlichen mit Behinderungen mit „inhaltlichen, methodischen und finanziellen Erwägungen“. Auch das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB), das in Trägerschaft des PARITÄTISCHEN Hessen ist, hatte sich im Vorfeld der Studie an das Kultusministerium gewandt und ihm seine Unterstützung angeboten, um die Befragung auch für Schüler\_innen mit Behinderungen zugänglich zu machen. „Es existieren bereits Erhebungsmethoden, die speziell die Belange von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen berücksichtigen“, betont

Rita Schroll, Leiterin des Hessischen Koordinationsbüros für Frauen mit Behinderung. „Auch komplexe Fragestellungen können in Leichte Sprache übersetzt werden.“

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert das Land Hessen auf, in die Befragung zu sexualisierter Gewalt auch Jugendliche mit Behinderungen einzubeziehen und die Studie auf Förderschulen aus-

zuweiten, und zwar ungeachtet der zusätzlichen Kosten für eine barrierefreie Erhebung. „Inklusion darf auch an diesem Punkt nicht am Geld scheitern“, so Landesgeschäftsführer Günter Woltering: „Nur auf Basis von belastbaren Daten über das Ausmaß sexualisierter Gewalt an Förderschulen kann das Land überhaupt erkennen, wo und wie es präventiv tätig werden muss.“

## Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte

Liga der Freien Wohlfahrtspflege fordert Unterstützung vom Land

In Hessen gibt es jetzt eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die in der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe Unterstützung benötigen. Anliegen der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte ist es zudem, junge Menschen altersgerecht über ihre Rechte zu informieren, die Beteiligungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen zu fördern sowie Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten mit Hilfe eines fachlich ehrenamtlichen Netzwerks in den Regionen zu gewährleisten. Tasia Walter, Juristin und Projektleiterin der Ombudsstelle, erklärt: „Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, aber auch deren Eltern haben gegenüber Behörden, Institutionen und Einrichtungen häufig das Gefühl unterlegen und ausgeliefert zu sein.“ Häufig kennen die Betroffenen ihre Rechte nicht, können sie nicht artikulieren oder sind nicht in der Lage, sie alleine durchzusetzen. Aufgabe der Ombudsstelle ist es, solche Konflikte früh zu bearbeiten und an einem Interessenausgleich mitzuwirken.

Gefördert wird die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte von einem Verein, den alle Mitgliedsverbände der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen sowie der Landesverband Hessen

des deutschen Kinderschutzbundes, das Institut für Vollzeitpflege und Adoption e. V. und der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. Anfang dieses Jahres gemeinsam gegründet haben. „Die Gründung einer unabhängigen Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen war längst überfällig. Nun können wir auch in Hessen Kindern und Jugendlichen und Ihren Familien eine externe Beschwerdeinstanz bieten“, so Marek Körner, Referent für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Hessen und Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses. „Das Land Hessen ist nun aufgefordert, einen wesentlichen Beitrag zu einer auskömmlichen Finanzierung zu leisten.“ Die schwarz-grüne Landesregierung hat es sich in ihrem Koalitionsvertrag zur Aufgabe gemacht, zu prüfen, wie sie eine Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte fördern kann. Bisher ist jedoch keine Förderung erfolgt. Die Ombudsstelle setzt auch die Forderungen nach einer unabhängigen Beschwerdeinstanz um, die vor fünf Jahren die Runden Tische zum sexuellen Missbrauch und zur Heimerziehung nach 1945 formuliert haben.

[www.ombudsstelle-kinderrechte-hessen.de](http://www.ombudsstelle-kinderrechte-hessen.de)